

Jenseits der politischen Korrektheit

Andreas Durisch über den radikalen Wandel im zu Ende gehenden Jahrzehnt

2009 markiert in der Schweiz das Jahr, in dem die politische Korrektheit definitiv zu Grabe getragen worden ist. Das deutliche Ja zum Minarettverbot ist politisch unkorrekt, das Plakat zur Abstimmung ebenso. 58 Prozent sagten am Ende Ja zum Minarettverbot und segneten damit indirekt auch das Plakat ab. Dass sich die sonst so zurückhaltende Nation, ein Hort der Neutralität, derart unverblümt ein religiöses Zeichen verbietet, verblüffte weit über die Landesgrenze hinaus. Die Eliten Europas schlugen entrüstet ihre Hände über dem Kopf zusammen, rechte Populisten klatschten begeistert. Damit ist ein Wandel vollzogen, der sich lange schon abzuzeichnen begann. Er ist radikal, blickt man hinter die Jahrtausendschwelle zurück.

Die 90er-Jahre waren die Dekade der politischen Korrektheit. Wehe, man schrieb nicht explizit von LeserInnen und BürgerInnen; die Homosexuellen wagten grossflächig ihr Comingout, und das Fremde wurde als multikulturelle Bereicherung begrüsst. Rücksicht auf Minderheiten war oberste Maxime. Alles, was als beleidigend oder verletzend eingeschätzt wurde, war tabu. «Dumm» hiess «geistig herausgefordert», Jugo-Witze waren pfui. In der Rubrik Verbrechen war es auf jeder Redaktion ein ungeschriebenes Gesetz, dass ausländische Täter ungenannt blieben, weil dies Vorurteile schüren könnte. Der «Blick» rechnete vor, dass Ausländer nicht krimineller seien als Schweizer, wenn man die Bevölkerungsstruktur einbeziehe. Mit Ruth Dreifuss, Sozialdemokratin, Jüdin, Gewerkschafterin, zog 1993 der politische Mainstream in den Bundesrat ein.

Nur die SVP trat gegen Linke und Nette an. Diese wehrten sich gegen den Vormarsch der Schweizerischen Volkspartei mit der moralischen Keule, geisselten sie als rechte Rattenfänger und ihre Kampagnen als nazistisch. Kriminalität, Asylmissbrauch, Fürsorgemissbrauch. Zu lange schauten die Herzblutsozialisten und Gutmenschen weg, verdrängten die Probleme, beschönigten die Realität. Dies verlieh der SVP eine unglaubliche Glaubwürdigkeit, selbst bei traditionellen Mitte-Wählern, und machte sie schlagkräftig.

So sehr, dass die SVP nun Vorlagen durchsetzt, die teilweise im Widerspruch zu Völkerrecht, Flüchtlings- und Menschenrechtskonvention stehen. Gegen das «menschenverachtende» neue Asyl- und Ausländergesetz trat 2006 an vorderster Front Ruth Dreifuss nochmals an. Doch das Volk stimmte mit 68 Prozent zu, alle Kantone sagten Ja. Die Annahme des Minarettverbots hätte niemanden überraschen dürfen; die Nullerjahre waren das Jahrzehnt der SVP.

Der Triumph des Realitätssinns über den naiven Glauben der Gutmenschen brachte notwendige Korrekturen in der Ausländer- und Sozialpolitik. Nun schwindet unter umgekehrten Vorzeichen der Realitätssinn. Drei Jahre nach dem Ja zum Asyl- und Ausländergesetz zeigt sich, dass auch die schärfsten Regelungen die Probleme nicht aus der Welt schaffen können.

Missbrauchsbekämpfung wird zur Missbrauchsideologie. Es ist naiv zu glauben, das Minarettverbot dämme Islamismus und Zuwanderung aus muslimischen Ländern ein. Verbieten, abschotten, einigeln: Das ist keine Zukunftsstrategie. Es braucht Realitätssinn, gepaart mit Optimismus. Den realistischen Optimisten gehört hoffentlich das nächste Jahrzehnt.